

An
den Vorsitzenden
des Rates
der Stadt Gütersloh
Herrn Bürgermeister Morkes
- per Mail -

Gütersloh, 05.März 2024

**Antrag der Fraktionen BfGT, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU,
FDP, SPD sowie die Ratsherren Reese und Kalley für die
Ratssitzung am 21.03.2024**

Sehr geehrter Herr Morkes,

die Fraktionen BfGT, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SPD sowie die Ratsherren Reese und Kalley stellen für die Sitzung des Rates am 21.03.2024 den folgenden **Antrag** „**Trierer Erklärung**“.

Antrag:

Die Stadt Gütersloh schließt sich der „Trierer Erklärung“ des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024 an.

Die beschlossene Trierer Erklärung des Deutschen Städtetags vom 18.01.2024 lautet wie folgt:

„Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.“

Begründung:

Seit die Geheimpläne zu rassistischen Deportationen öffentlich wurden, regt sich heftiger Protest, es gab erfreulich viele und vielfältige Demonstrationen mit Hunderttausenden Menschen im ganzen Land – so auch in Gütersloh.

Die Teilnehmenden des anfangs genannten Treffens verachten unser solidarisches Miteinander, unsere Grundrechte, unsere Freiheit, unsere demokratische Republik. Wir halten dem Stand – gegen Rassismus und für unsere wehrhafte Demokratie.

Die Stadt Gütersloh ist bereits Mitglied des Deutschen Städtetags und bekräftigt mit dem Anschluss an die Trierer Erklärung, unsere demokratischen Werte zu verteidigen, denn die aktuelle Lage ist ein Auftrag für alle demokratischen Parteien, das Vertrauen in die Demokratie zu stärken und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und Wirtschaft gegen Demokratiefeinde einzustehen.

Mit freundlichen Grüßen

Gitte Trostmann

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Maik Steiner

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Christiane Ziegele

BfGT

Jürgen Behnke

BfGT

Heiner Kollmeyer

CDU

Sascha Priebe

FDP

Volker Richter

SPD

Peter Kalley

fraktionsloses Ratsmitglied

Manfred Reese

fraktionsloses Ratsmitglied